

Guten Tag, meine Damen und Herren.  
Schön, dass Sie wieder dabei sind.

In seiner letzten Sitzung hat der hannoversche Stadtrat eine abschließende kommunalpolitische Entscheidung zu einem ganz umstrittenen Thema getroffen. Es geht um die Ansiedlung des Unternehmens Boehringer-Ingelheim, das in der Nähe der Tierärztlichen Hochschule in Kirchrode ein Europäisches Forschungszentrum für Tierimpfstoffe errichten will.

Dieser Entscheidung ist eine sehr kontroverse Diskussion voran gegangen. Die Befürworter und die Mitglieder des Rates haben sich ganz überwiegend dieser Meinung angeschlossen, erwarten nicht nur Arbeitsplätze, sondern vor allen Dingen auch deutlich verbesserte Arbeitsmöglichkeiten für die Tierärztliche Hochschule, die in einer engen Partnerschaft mit dem Unternehmen ihre Möglichkeiten besser nutzen möchte.

Die Kritiker wenden vor allen Dingen zweierlei ein. Es geht zum einen um Umweltrisiken und eine Belästigung der Nachbarschaft. Dazu kann ich sagen, dass nach sehr sorgfältigen Vorarbeiten uns keinerlei Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass mit diesem Vorhaben die sehr strengen deutschen Gesetze nicht beachtet würden. Das heißt, wir erwarten keinerlei Belästigungen und keinerlei Risiken. Die abschließende Entscheidung trifft in dieser Hinsicht nicht die Stadt Hannover, sondern das Gewerbeaufsichtsamt.

Grundsätzlicher ist ein zweiter Kritikpunkt. Es wird vor allen Dingen von Anhängern des Tierschutzes darauf hingewiesen, dass mit den dort vorgenommenen Tierversuchen erheblich ethische Probleme verbunden sind. Und dieser Problematik kann man sich tatsächlich nicht entziehen.

Aber ich möchte darauf hinweisen, welcher Zweck mit der Erforschung von Tierimpfstoffen verfolgt wird. Dass nämlich nicht mehr gesunde Tiere aus Angst, sie könnten sich anstecken, getötet werden, sondern das die Möglichkeit besteht, auf solche Tötungen zu verzichten.

Deswegen glaube ich und glaubt die große Mehrheit des Rates, dass es sich um ein in jeder Hinsicht sehr verantwortbares Projekt handelt. Das letzte Wort – so vermuten wir – werden in dieser Angelegenheit die Gerichte behalten, aber kommunalpolitisch hat sich die Stadt Hannover mit der Entscheidung des Rates sehr klar entschieden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.